

Protokoll
über die **Sitzung des Kreistages**
vom 27. Oktober 2015
im Hotel-Restaurant "Residenz" in Wittmund, Am Markt 13, Stadthalle

Anwesend :

Vorsitzender:

Engelbrecht, Arthur

Mitglieder:

Assing, Peter

Bohlen, Dirk

Coordes, Edeltraut

Erdmann, Ralf

Freimuth, Erwin

Hass, Friedhelm

Hedlefs, Birgitt

Ihnen, Enno

Ihnen, Wilhelm

Kirchhoff, Holger

Köring, Matthias

Kunze, Egon

Lohfeld, Hans-Hermann

Magunia, Olga

Mammen, Martin

Mayer, Bernd

Meyer, Inge

Multhaupt, Jens

Niemand, Wilhelm

Oelrichs, Helmut

Pieper, Johann

Poppen, Harm

Potzler, Herbert

Rahmann, Hermann

Reuber, Traute

Scheidweiler, Jürgen

Schild, Johannes

Siebelts, Siebo

Theesfeld, Günther

Weißbach, Henning

Wilbers, Klaus

Willms, Heiko

von der Verwaltung:

Hinrichs, Hans
Garlichs, Karin
Hillie, Werner
Hinrichs, Uwe
Klöker, Ralf

Protokollführung:

Harms-Telle, Rita

Fehlend:**Mitglieder:**

Ahrens, Ingrid
Becker, Birgit
Bernau, Henning
Buss, Heinz
Gierszewski, Olaf
Heymann, Holger
Klaaßens, Heiko Dr.
Uecker, Sigurd
Voß, Hans Jochen
Willms, Irmgard

Öffentlicher Teil**TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Vorsitzende eröffnet die Sondersitzung des Kreistages um 17:40 Uhr und begrüßt die anwesenden Kreistagsabgeordneten, die Mitglieder der Verwaltung, 3 Vertreter der Presse und zahlreiche Zuhörerinnen und Zuhörer. Besonders begrüßt er Herrn Dr. Alexander Götz, Leiter der Abteilung für Kommunal- und Hoheitsangelegenheiten des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt fest, dass die Ladung mit verkürzter Ladungsfrist ordnungsgemäß am 19.10.2015 ergangen und Beschlussfähigkeit gegeben ist.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Dem Vorschlag der Verwaltung, den Tagesordnungspunkt 5 (Einwohnerfragestunde) nach dem Tagesordnungspunkt 6 (Aktueller Lagebericht zur Flüchtlingssituation) abzuhandeln, wird einstimmig zugestimmt.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben. Der Vorsitzende stellt die Tagesordnung in der neuen Fassung fest.

**TOP 4 Genehmigung des Protokolls der vorhergegangenen Sitzung am
15.07.2015**

Das Protokoll wird einstimmig bei 1 Stimmenthaltung genehmigt.

**TOP 5 Aktueller Lagebericht zur Flüchtlingssituation im Landkreis Wittmund;
Bericht des Landes Niedersachsen und des Landrates
Vorlage: 0097/2015**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Landrat Köring heißt Herrn Dr. Goetz und die vielen Zuhörer, darunter auch die Bürgermeister der kreisangehörigen Gemeinden, nochmals herzlich willkommen. In seiner Rede, die diesem Protokoll als Anlage beigefügt ist, nimmt er ausführlich zur Situation der Flüchtlinge im Landkreis Wittmund Stellung.

Herr Goetz bedankt sich zunächst bei Landrat Köring und bei der Bundeswehr, ohne deren Hilfe die Unterbringung von zunächst 200 Flüchtlingen in der Behelfsunterkunft nicht möglich gewesen wäre. Sein Dank geht auch an die vielen ehrenamtlich Tätigen, deren Grenze der Belastbarkeit schon erreicht sei.

Zur Lage: Die Zahl der Flüchtlinge, die das Land Niedersachsen jeden Tag unterbringen müsse betrage zur Zeit 1200 bis 1300. Im Land Niedersachsen habe man dank der Hilfe der Kommunen und Organisationen die Situation im Griff, aber man wisse nicht, was noch passiert und man könne dies nicht beeinflussen. Man müsse sich darauf einstellen, dass die Situation noch über viele Monate andauern wird.

Es müsse über Kontrollen der Außengrenzen gesprochen werden.

Die Flüchtlinge kommen über die Balkanroute nach Bayern. Nach dem Königsteiner Schlüssel müsse Niedersachsen ca. 10 % der Flüchtlinge aufnehmen. Die Aufnahme erfolge an 3 zentralen Standorten. Das Land organisiere die Weiterverteilung in z. Z. 31 Notunterkünften. Ca. 30 Kommunen stellen im Rahmen der Amtshilfe Notunterkünfte zur Verfügung. Man muss mit 500 bis 1000 Menschen pro Tag rechnen. Obdachlosigkeit müsse verhindert werden. Eine weitere wichtige Aufgabe sei die Registrierung der Flüchtlinge.

Vor 2 Wochen stand das Land vor der Situation, dass die zentralen Aufnahmeeinrichtungen nicht mehr ausreichten und darum die Kommunen um Amtshilfe gebeten wurden. Dies habe dazu geführt, dass zusätzlich 100 Flüchtlinge im Landkreis Wittmund untergebracht wurden. Das Land gehe davon aus, dass das System der Amtshilfe so schnell wie möglich wieder abgeschafft werden könne. Vieles sei möglich, was nicht möglich scheint. Man müsse offen, fair und transparent agieren. Die Ängste und Befürchtungen der Bevölkerung müssten respektiert werden, z. B. wegen der Sicherheit ihrer Häuser und ihrer Kinder.

Zu den Forderungen des Landrats nimmt Herr Goetz wie folgt Stellung:

zu 1): Dass Flüchtlinge aus sicheren Drittstaaten schnell wieder abgeschoben werden müssen, sei unstrittig. Die drei zentralen Aufnahmelager seien zu wenig. Das Land arbeite daran. Der Staat müsse jedoch das Notwendige veranlassen. Die Sicherheit der Menschen gehe vor.

zu 2): Für eine zügigere Bearbeitung der Asylanträge sei das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zuständig. Die Registrierung der Flüchtlinge mittels des NiAS-Programms sei seitens des Landes noch nicht ganz optimal. Man arbeite daran. Man werde mit dem Bund zusammen zentrale Stellen aufbauen. Es handele sich um aufwendige Verfahren mit hohem Personalaufwand.

zu 3): Die Forderung einer transparenten und gerechten Verteilung der Flüchtlinge auf die Landkreise und kreisfreien Städte sei verständlich. Das Land könne zur Zeit in den zentralen Aufnahmelagern nicht alle Flüchtlinge aufnehmen und habe daher die Kommunen um Amtshilfe gebeten. Dabei seien zunächst die Kommunen angeschrieben worden, die noch keine Notunterkünfte hatten. Dem Landkreis Wittmund bescheinigt Herr Goetz eine hohe Unterkunftsquote und sagt zu, dass in dieser und in der nächsten Woche Wittmund keine weiteren Flüchtlinge zugewiesen würden.

Ausblick: Da man die Weltlage nicht vorhersehen kann, könne er nicht sagen, dass sich die Situation bald bessern wird. Man müsse sich darauf einstellen, dass man sich noch länger mit der Situation beschäftigen müsse. Es könne zu Konflikten und Gewalt kommen, aber nicht über das normale Maß hinaus. Die Sicherheitslage habe sich nicht verändert. Die Bevölkerung sollte es als Gemeinschaftsaufgabe begreifen, die Menschen, die als Flüchtlinge kommen, zu unterstützen und ihnen zu helfen. Man sollte ruhig und gelassen so weitermachen wie bisher. Das Ministerium werde sich bemühen, die Situation im Griff zu behalten.

Der Vorsitzende dankt Herrn Goetz für seinen Vortrag.

Kreistagsabgeordneter Pieper führt aus, dass die Kreispolitik vor einer besonderen Verantwortung stehe: Das Elend treibe viele Menschen zu uns. Man habe die menschliche Pflicht, den Notleidenden zu helfen. Der Landkreis Wittmund habe sich angesichts der ständig steigenden Flüchtlingszahlen sehr frühzeitig und gut auf die Situation vorbereitet. Der Landrat habe sich von Anfang an der Sache angenommen und zusammen mit der Verwaltung die notwendigen Maßnahmen ergriffen. Die Gremien seien sehr frühzeitig informiert und beteiligt worden. Seit Einrichtung der Behelfsunterkunft auf dem Bundeswehrgelände Anfang September d. J. engagieren sich viele Mitbürger in der Flüchtlingshilfe. Ihnen gebühre besonderer Dank. Die Lage sei schwierig, weil noch nicht absehbar ist, wie vielen Menschen noch Hilfe gewährt werden müsse. Die Bundesregierung müsse die Zuwanderungsgesetze evtl. noch einmal anpassen. Die CDU/FDP-Gruppe schließe sich den Forderungen des Landrates an. Sie fordere eine gerechtere Verteilung der Asylsuchenden auf die Kommunen. Es könne nicht sein, dass z. B. die Turnhalle in Westerholt belegt werden müsse, während die Kaserne in Aurich zur Verfügung stehe.

Kreistagsabgeordneter Willms fragt die Anwesenden, was sie tun würden, wenn Häuser und Infrastruktur zerstört, die Staatsmacht sie nicht schützt und sie nur noch das nackte Leben haben. Sie würden in ein Land wollen wo Frieden herrscht und genau das wollen die vielen Menschen, die nach Deutschland fliehen.

Die SPD-Fraktion danke den vielen hauptamtlichen und ehrenamtlichen Helfern, dem DRK, der AWO, der Feuerwehr, dem THW, der DLRG, den niedergelassen Ärzten und Krankenhausärzten, aber auch dem Stab um den Landrat, der in 5 Tagen eine Notunterkunft für 100 Menschen in Klein-Charlottengroden geschaffen habe.

Die TV-Bilder aus Slowenien und Bayern würden zeigen, dass der Flüchtlingsstrom nicht abreiße. Der Landkreis werde weiterhin für die Unterkunft und Betreuung von Flüchtlingen in noch nie dagewesenem Umfang zuständig sein. Darunter seien viele unbegleitete Minderjährige. Wie es weitergehen solle, könne heute nicht beantwortet werden. EU und Bund

seien weiter gefragt. Durch das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz erhoffe man sich Entlastung in Form einer schnelleren Abschiebung/Rückführung in sichere Heimatländer. Die Hilfsbereitschaft der Menschen im Landkreis werde nur dann weiter da sein, wenn der Staat differenziert zwischen Personen, die Schutz brauchen und Personen, die keinen Schutz brauchen.

Kreistagsabgeordneter Willms stellt Herrn Goetz folgende Fragen:

1. Sind bevor das Land weiter verteilt alle Liegenschaften des Landes belegt?
2. Sind auch mit dem Bund alle Optionen durchgespielt worden, z. B. vor der Belegung von leer stehenden Kasernen?
3. Wie schnell werden die Flüchtlinge ihre Asylanträge stellen?
4. Haben Sie Erkenntnisse darüber, dass die Dienststellen, die für die Erfassung der Asylanträge zuständig sind, personell gut besetzt sind?
5. Wie lange wird künftig ein Anerkennungsverfahren laufen?

Kreistagsabgeordneter Mammen zeigt sich froh darüber, dass der Kreistag zu dieser Sondersitzung zusammengekommen ist. Zum einen, weil der Landrat die Situation sehr treffend geschildert und Herr Goetz deutlich gemacht habe, dass wir keine Wunder erwarten dürfen und sich die Situation nicht ändern werde. Im Landkreis Wittmund habe man sehr viele ehrenamtliche Kräfte. Die hauptamtlichen Kräfte der Kreisverwaltung würden über das hinausgehen, was man von ihnen erwarten kann. Es sei gut, dass alle Fraktionen im Kreistag zusammenarbeiten und die Flüchtlinge willkommen heißen. Er sei zuversichtlich, dass "wir diese Probleme meistern".

Für den Kreistagsabgeordneten Potzler ist es wichtig, dass alle an einem Strang ziehen und es zu einer sachlichen Lösung kommt. Er betont, dass der Landkreis in einer sehr kritischen Situation wäre, wenn nicht die große Hilfe durch die Ehrenamtlichen da wäre. Er macht auch deutlich, dass der Strom der Flüchtlinge zu Ängsten in der Gesellschaft führe.

Kreistagsabgeordneter Poppen spricht die finanzielle Seite an. In der Verfassung sei geregelt, dass die Unterbringung der Flüchtlinge Aufgabe der Kommunen sei, die Finanzierung sei Sache des Landes. Hier hapert es seines Erachtens. Das Land gewähre eine Kostenpauschale. Diese sei bislang nicht ausreichend gewesen. Die Differenz sei von den Kommunen zu tragen. Das heißt, es müssten Haushaltsmittel eingesetzt werden für eine Aufgabe, die nicht Aufgabe des Landkreises ist und dadurch müssten wichtige Investitionen verschoben werden. Der Ministerpräsident habe gesagt, er könne sich eine 10 %-ige Interessensquote von den Kommunen vorstellen. Hier müsse es eine verlässliche Aussage für die Haushaltsplanung geben.

Außerdem spricht er die Personal- und Sachkosten in den Notunterkünften an, die angeblich nicht in Rechnung gestellt werden können. Er habe gelesen, dass dies doch möglich sei.

Kreistagsabgeordnete Hedlefs bemerkt, dass die Flüchtlinge froh seien, hier in Frieden leben zu können. Deren Dankbarkeit komme bei den Ehrenamtlichen an. Sie lobt die Bemühungen des Jugendamtes, die minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge in Pflegefamilien unterzubringen.

Kreistagsabgeordneter Assing zeigt die negativen Seiten der Asylpolitik an einem Beispiel aus dem Jahre 1992 auf, als er sich in den Dienst der Asylbewerber gestellt und dafür Schelte von den Mehrheitsfraktionen erhalten habe. Für ihn seien die Medienberichte nicht völlig stimmig. Er werde heute zwar der Mehrheit folgen, aber künftig alle Dinge, die aus dem Gleis laufen, umgehend mitteilen.

Kreistagsabgeordnete Reuber richtet an Herrn Goetz die Bitte, dass die Option "Unterbringung von Asylbewerbern in Turnhallen" unterste Priorität haben müsse.

Zum Thema Unterbringung meint Kreistagsabgeordneter Bohlen, dass die Last die kleinen Leute zu tragen hätten, die keine bezahlbaren Mietwohnungen fänden. Am Beispiel der Insel Langeoog zeigt er auf, dass dort immer mehr "Rolladensiedlungen" entstünden; die Wohnungen ständen die meiste Zeit des Jahres leer. Durch den Zuzug der Asylsuchenden

werde sich die Situation noch verschärfen. Daher könne nur eine Offensive im sozialen Wohnungsbau helfen.

Kreistagsabgeordneter W. Ihnen fragt Herrn Goetz, wie der Einsatz der vielen Ehrenamtlichen weiterlaufen solle. Außerdem mache er sich Gedanken darüber, was werde, wenn die Integration der Asylbewerber nicht gelingt.

Die Antworten von Herrn Goetz in Kurzform:

Am Beispiel der Herrichtung der ehemaligen Kaserne in Aurich macht er deutlich, wieviel Aufwand dafür erforderlich sei (Brandschutz usw.).

Alle zur Verfügung stehenden Liegenschaften des Bundes und des Landes würden zur Zeit auf Verwendung als Asylunterkünfte überprüft, z. B. auch die ehemalige Kaserne in Wilhelmshaven-Ebkeriege.

Die Bearbeitung von Asylanträgen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge dauere derzeit 4 bis 8 Wochen.

Zur Kostenerstattung: Die Landesregierung und die kommunalen Spitzenverbände hätten sich inzwischen verständigt. Die Pauschale solle ab 2015 auf 10.000,00 EUR pro Asylbewerber angehoben werden. Dies solle ab 2016 umgesetzt werden. Die Vorfinanzierung durch die Kommunen sei ärgerlich, aber unumgänglich. Er gehe davon aus, dass die 10.000,00 EUR auskömmlich seien. Die Kostenerstattung im Rahmen der Amtshilfe solle großzügig gehandhabt werden. Den Hilfsorganisationen würden 45,00 EUR pro Platz und Tag erstattet, entsprechend würden auch die Kommunen behandelt, wenn eine entsprechende Vereinbarung abgeschlossen würde. Dem Grund nach würden alle notwendigen Auslagen mit Ausnahme der bei der um Amtshilfe ersuchten Behörde entstehenden allgemeinen Verwaltungskosten erstattet.

Als neue Option der Unterbringung würden in Celle kleine Hütten mit Extra Duschen/WC aufgebaut. Diese beheizbaren Unterkünfte würde das Land den Turnhallen vorziehen.

Die Inseln, bis auf Borkum, seien zur Zeit noch nicht von der Unterbringung von Asylbewerbern betroffen. In den Ballungszentren habe es schon immer ein Wohnraumproblem gegeben; dies werde sich jetzt noch verschlimmern. Hierfür gebe es derzeit noch keine Lösung. Man müsse zunächst die akute Unterbringungssituation lösen.

Herr Goetz bestätigt, dass die Belastung der Ehrenamtlichen auf Dauer so nicht weitergehen dürfe. Was werde, wenn eine andere = typische Lage dazwischen komme? Es werde zur dauerhaften Einstellung von Hauptamtlichen kommen müssen.

TOP 6 Einwohnerfragestunde

a) Herr S., ein Integrationslotse der ersten Stunde, berichtet von seinen Erfahrungen mit der Ankunft und Unterbringung von Angehörigen, die zu ihren im Landkreis Wittmund untergebrachten Familien wollten. Diese müssten sich zur Registrierung nach Bramsche bemühen. Er fragt, warum man die Registrierung nicht vor Ort durchführen kann.

Herr Goetz zeigt Verständnis für die Menschen, die gerne zu ihren Familienangehörigen wollen. Er kündigt an, dass die Landesaufnahmebehörde mehr Standorte bekommen werde. Es sollen auch mobile Teams gebildet werden, die dann direkt vor Ort tätig werden können. Die Erstregistrierung könne allerdings nur in einem der 3 Hauptstandorte erfolgen.

Wünsche der Flüchtlinge, an einem bestimmten Ort untergebracht zu werden, können natürlich nur dann erfüllt werden, wenn dies den Ressourcen der Kommune entspreche.

b) Herr K. vom Kreisvorstand der Mittelstandsvereinigung weist auf Ängste in der Bevölkerung wegen der knapper werdenden Wohnungen hin. Junge Menschen, die Schulen und Universitäten besuchen, dürfen seiner Meinung nach nicht zu Verlierern werden. Er fragt, wie sichergestellt werden solle, dass Studenten genügend Wohnungen zur Verfügung gestellt werden können.

Herr Goetz bestätigt, dass deutlich mehr Wohnraum geschaffen werden müsse, und zwar überall in Deutschland, besonders in den Ballungszentren. Das bedeute gleichzeitig erheblichen Kostenaufwand für die öffentliche Hand in den nächsten Jahren.

Zur Frage, wo unsere Kinder demnächst wohnen sollen, bemerkt er, dass wir als Gesellschaft dazu bereit sein müssen, die Mittel dafür aufzuwenden, damit sich unsere Kinder auch in 20 Jahren noch wohlfühlen.

c) Herr H. aus Friedeburg fragt an, ob die Bundeswehr auch zu Registrierungszwecken an den Erstaufnahmestandorten eingesetzt wird.

Herr Goetz erwidert, dass an den großen Standorten, z. B. in Fallingbostal, die Soldaten gebeten werden sollen, bei der Registrierung zu helfen.

d) Herr H. aus Friedeburg fragt an, ob zu dem angedachten Runden Tisch aus hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeitern auch die Bundeswehr eingeladen werden soll.

Herr Goetz erwidert, soweit dies Sinn mache, könne man es versuchen.

e) Herr H. aus Friedeburg fragt, ob die zur Zeit 24 unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge auch psychologisch betreut werden. Landrat Köring antwortet, die Jugendlichen würden durch Sozialpädagogen des Jugendamtes und wenn es sein müsse in den Familien auch psychologisch betreut.

f) Herr W. aus Esens möchte Wohnraum in Neuschoo zur Vermietung an Flüchtlinge anbieten. Er fragt, mit wem der Mietvertrag abgeschlossen werde, wer der Mieter ist und was passiert, wenn etwas passiert.

Landrat Köring erwidert, dass man sich wegen der Mietverträge an den Landkreis / Sozialamt wenden müsse. Kontaktadressen würden in den hiesigen Tageszeitungen und auf der Homepage des Landkreises veröffentlicht. Die Mietverträge würden zwischen dem Landkreis und dem jeweiligen Vermieter abgeschlossen. Der Landkreis sei Mieter und stehe für Schäden gerade. An Asylbewerber, die Aussicht hätten, länger zu bleiben, könne man auch direkt vermieten.

g) Unter Hinweis auf die ständig steigende Zahl von Behelfsunterkünften fragt Herr S. aus Wittmund, wie die Integration der Flüchtlinge erfolgen soll. Wer kümmert sich darum? Viele Wittmunder würden Flüchtlinge auch privat unterbringen; dies sei jedoch untersagt worden.

Landrat Köring antwortet, dass Personen in Behelfsunterkünften dort nur vorübergehend untergebracht sind. Es werden Sprachkurse durch Ehrenamtliche angeboten. Ziel müsse es aber sein, diese Menschen schnellstmöglich regulär als Flüchtlinge in den Landkreis zugewiesen zu bekommen. Die dem Landkreis direkt zugewiesenen Asylbewerber werden durch die Mitarbeiter der AWO in Empfang genommen und in die Wohnungen gebracht. Dort bekommen sie Sachen für die ersten Wochen. Frau Habben und zusätzlich 1 bis 2 Halbtagskräfte helfen bei Behördengängen. Wenn alle Formalitäten erledigt sind, erfolgt die Übergabe an die Integrationslotsen. Diese versuchen, die Menschen in das normale Leben zu integrieren. Für die Koordination der Integrationslotsen sollen - so die Bitte des Landkreises - künftig die Gemeinden die Verantwortung übernehmen. Es werden noch mehr Lotsen gesucht.

h) Herr T. möchte wissen, wo man sich melden müsse, wenn man Flüchtlinge, die zur Zeit in der Kaserne in Wittmund untergebracht sind, Wohnraum anbieten möchte.

Der Landrat erwidert, dass wer Flüchtlinge aus der Kaserne aufnehmen möchte, sich gerne beim Sozialamt des Landkreises melden könne. Er bittet um Verständnis, dass die Beantwortung der Anfragen etwas dauern könnte.

i) Herr S. aus Neufunnixiel fragt, in welchen Wohnungen die Touristen demnächst noch wohnen sollen. Er befürchtet einen Anstieg der Steuern und Nebenkosten. Wie solle man das meistern?

Landrat Köring antwortet, dass Ferienwohnungen möglichst nicht angemietet werden sollen. Ob Steuern etc. steigen, könne derzeit niemand sagen. Ankündigungen gebe es derzeit nicht.

Herr Goetz geht noch kurz auf das Thema Sicherheit ein. Die Bevölkerung habe Angst davor, dass bei der großen Zahl von unregistrierten Flüchtlingen der IS ins Land komme und die Gefahr von terroristischen Anschlägen steige. Der Verfassungsschutz beurteile die Lage so, dass diese Gefahr nicht von der Zahl der Zuwanderer abhängt. Der Flüchtlingsstrom hänge nicht mit der Gewaltbereitschaft der Terroristen zusammen. Die Gefahr, dass unter den Flüchtlingen Terroristen sind, sei vergleichsweise gering. Aber eine Garantie gebe es nicht.

Herr L. möchte von Herrn Goetz wissen, warum denn der Verfassungsschutz davor warne, wenn es keine Erkenntnisse gibt. Vom Landrat möchte er wissen, wie es um die Sicherheit in Wittmund bestellt sei und ob es schon Straftaten gab.

Landrat Köring bestätigt, dass es in der Behelfsunterkunft in Wittmund 1 bis 2 kleine Vorfälle gegeben habe, die zu Gewahrsamnahme und Rückführung nach Bramsche geführt hätten. Ansonsten sei die Lage in der Behelfsunterkunft und im Kreisgebiet laut der Polizei entspannt und ruhig.

Herr Goetz bemerkt, dass die Tatsache, dass der Verfassungsschutz vor etwas warne, nicht heiße, dass das auch eintritt.

TOP 7 Notunterkünfte in Amtshilfe; hier: Wittmund, Klein-Charlottengroden 2 Vorlage: 0096/2015

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Landrat Köring spricht seinen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ausländerbehörde, des Sozialamtes und des Gebäudemanagements aus und lobt das starke Team, das ihn in dieser besonderen Situation täglich unterstütze.

Gemäß Beschlussempfehlung des Kreisausschusses vom 27.10.2015 wird einstimmig beschlossen:

Dem Betrieb der Notunterkunft im Rahmen der Amtshilfe in Wittmund-Carolinensiel, Klein- Charlottengroden 2, wird nachträglich zugestimmt.

Zur Sicherstellung des Betriebes dieser Einrichtung werden für das Jahr 2015 insgesamt 670.000,- Euro außerplanmäßig bereit gestellt. Für das Jahr 2016 sind entsprechende Mittel in den Haushalt einzustellen.

Für den Fall, dass bereits bis zur Kreistagssitzung am 27.10.2015 außerplanmäßige Ausgaben zu leisten waren, werden diese nachträglich genehmigt.

TOP 8 Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses

Landrat Köring gibt bekannt, dass der Kreisausschuss in der Sitzung am 12.10.2015 der Ausschreibung zusätzlicher Stellen im Rahmen der Abarbeitung der Flüchtlingsproblematik zugestimmt habe.

TOP 9 Bericht des Landrats über wichtige Angelegenheiten

Über wichtige Angelegenheiten ist nicht zu berichten.

TOP 10 Anfragen

a) Kreistagsabgeordneter Lohfeld ist der Meinung, dass die positiven Aspekte der Zuwanderung zu kurz kämen. So bräuchte die Politik bzgl. des demografischen Wandels künftig nicht mehr über die evtl. Schließung von Schulen diskutieren. Eine neue Aufgabe für die Politik werde der soziale Wohnungsbau.

b) Unter Bezugnahme auf den im Haushaltsplan 2015 enthaltenen Ansatz für die Erneuerung der Zaunanlage beim Stadion in Wittmund fragt Kreistagsabgeordneter Potzler an, wie weit die Angelegenheit gediehen sei.

Landrat Köring erwidert, ihm sei der Sachstand nicht bekannt. Er werde sich erkundigen.

Anmerkung: Die Sanierung der Laufbahn sowie eine Teilerneuerung des Zaunes wurden in Auftrag gegeben.

In diesem Zusammenhang gibt der Landrat bekannt, dass die Bundeswehr die Mitnutzung ihres Stadions durch die Schulen des Landkreises signalisiert habe, nur nicht gerade jetzt, wo die Flüchtlinge auf dem Gelände untergebracht sind.

Ab morgen werde auf der Homepage des Landkreises Wittmund ein "Leitfaden zur Flüchtlingssituation" veröffentlicht.

c) Kreistagsabgeordneter Bohlen macht darauf aufmerksam, dass der heutige Sitzungsbeginn für Kreistagsabgeordnete von den Inseln nicht schön sei, weil diese keine Möglichkeit mehr hätten, am Sitzungstag auf die Insel zurückzukehren. Er bittet, diese besondere Situation bei der Terminierung der nächsten Sitzungen zu berücksichtigen.

TOP 11 Schließung der Sitzung

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 20:24 Uhr.

Arthur Engelbrecht
Vorsitzender

Matthias Köring
Landrat

Rita Harms-Telle
Protokollführerin